

Worms-Prozeß: Weiterhin Haft

Für OLG Koblenz steht Kindesmißbrauch fest

Von unserem Redaktionsmitglied
REINHARD BREIDENBACH

MAINZ — In den Wormser Kindesmißbrauchsprozessen hat das Koblenzer Oberlandesgericht (OLG) zwei Freilassungsentscheidungen des Mainzer Landgerichts aufgehoben, so daß die Angeklagten Bernd B. (39) und Steffen G. (31) weiter in Untersuchungshaft bleiben müssen.

Zehn von 24 Angeklagten der insgesamt drei Worms-Verfahren sind seit fast zwei Jahren hinter Gittern. Die Staatsanwaltschaft wirft ihnen vor, eigene Kinder, Nichten und Nefen geschändet und zur Herstellung von Pornofilmen mißbraucht zu haben. Geständnisse gibt es nicht. Die Anklage stützt sich auf medizinische Gutachten und die Angaben mutmaßlicher Opfer.

Das Mainzer Landgericht hatte erklärt, gegen Bernd B. und Steffen G. bestehe zwar weiter dringender Tatverdacht; nach den Aussagen kindlicher Zeugen im Prozeß seien jedoch Abstriche beim Umfang des Tatvorwurfs zu machen. Bernd B. werden 19 Mißbrauchsfälle, Steffen G. 31 Fälle von Beihilfe vorgeworfen.

Das OLG trat der Sichtweise des Landgerichts jetzt deutlich entgegen. Wenn die Kinder frühere Tatvorwürfe in der Hauptverhandlung nicht bestätigten, so sei zu berücksichtigen, „daß ihre Aussagen durch die außergewöhnlichen Belastungssituationen beeinflusst sein könnten“, so das OLG. Denn neben dem „leidvollen Erleben der Mißbrauchshandlungen, von deren Feststehen aufgrund der ärztlichen Untersuchungsergebnisse — unabhängig vom Täterkreis — auszugehen ist“, seien die Kinder „immer wieder der belastenden Situation ausgesetzt, ihre Erlebnisse schildern zu müssen.“

Der Koblenzer Strafsenat geht in seiner strengen Bewertung noch weiter: „Selbst wenn sich eine Lockerung des Tatverdachts ergeben würde, kann dies nicht zwangsläufig zu einer Haftverschonung führen.“ Das Gesetz drohe allein für eine Tat bis zu zehn Jahren Haft an. Würde die Beweisaufnahme „auch nur zu einem geringen Teil“ die — 19 beziehungsweise 27 — angeklagten Taten bestätigen, müßten die Angeklagten dennoch „mit einer außerordentlich hohen Gesamtfreiheitsstrafe rechnen.“ Deshalb bestehe Fluchtgefahr.

Bemerkenswert ist vor allem: Koblenz betont, daß Mißbrauch laut Aussagen der medizinischen Experten definitiv stattfand. Herauszufinden, wer was getan hat — diese Aufgabe wird das Mainzer Landgericht noch Monate beschäftigen.